

**Die Wahlen stehen an, und mit der Linkspartei hat eine neue sozialdemokratische Partei die Bühne der offiziellen Politik betreten. Gut? Schlecht? Weder - noch? Beides? Lesen sie Senf:**

# Was ist links?

## linkes zur rechten zeit

Wir stellen fest: Die Stimme auf der Straße ist der Stimme in der Urne vorzuziehen. Die Geschichte der Grünen lehrt, dass aller emanzipatorischer Bewegungs- Elan, sobald er in Parteipolitik gerinnt, fast zwangsläufig unter die Räder kommt. Die Beerdigung der kämpferischen Anti- Atomkraft- Bewegung durch die Grünen kann durch den Bankrott der aufkeimenden Sozialproteste durch die Linke.PDS getoppt werden.

Deshalb: Statt die Anti-Hartz Proteste und die Forderungen der Betroffenen des Sozialkassenschlags parteipolitisch zu kanalisieren und systemkompatibel weichzuspülen, sollten wir uns auf unsere außerparlamentarischen Wurzeln besinnen:

Keine Kanalisierung des gesellschaftlichen Grundkonfliktes! Für Umverteilung des Reichtums müssen wir selbst kämpfen. Täglich! Links wählen ist das eine, links handeln das andere, wichtiger!

Dennoch kann uns die

Linkspartei nicht egal sein. Sie ist jetzt schon mehr als die Summe von PDS und hartnäckigen Montagsdemonstranten, sie ist ein Sammelbecken für viele, die auf der Suche nach einer neuen Form sind, ihren Unmut mit der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums politisch darzustellen. Hand aufs Herz: wer will schon zwischen Schröder und Merkel wählen müssen? Und neben politischer Vollresignation oder sogar rechter Protestnote nehmen sich die Neusoziis nun wirklich als das aller- kleinste Übel aus.

Durch das Auftreten wird immerhin dem Mythos der "politischen Alternativlosigkeit" der Hartz IV- Schweinereien öffentlich Paroli geboten. Sie kann Interesse an linken Gegenentwürfen verstärken. Und sie kann uns in vielen Politikfeldern als Bündnispartner dienen.

Alles also mal wieder nicht so leicht: Sie kann vieles vermässeln und wird dies auch, wenn ihr nicht von einer starken Linken, die selbstbewusst außerhalb des parlamentarischen Rahmens

agiert, bewusst und kräftig in den Arsch getreten wird. Die folgende Zeitung versteht sich als Teil dieses Arschtritts.

**"...wenn ihr nicht von einer starken Linken, die selbstbewusst außerhalb des parlamentarischen Rahmens agiert, bewusst und kräftig in den Arsch getreten wird. Die folgende Zeitung versteht sich als Teil dieses Arschtritts."**

### Wieso überhaupt "Links- Partei"?

Wir erleben große Zeiten. Nur 15 Jahre nach der Entdeckung des "Endes der Geschichte" und der damit verbundenen Einsicht, dass Gewinnstreben und Eigennutzorientierung nun einmal in der eigentlichen Natur des Menschen liegt, scheint alles wieder unsicher!

Vom "Spiegel"- Titelblatt zwinkert uns keck ein Marx- Gesicht zu, Frau Christiansen drangsaliert uns nach dem Tatort mit der

Frage, was heute "links" sei und selbst die Bildzeitung prostet verbal Lafontaine zu und wünscht ihm "den für Linke notwendigen Mut und Standfestigkeit". Was sagt eine richtig linke Gruppe (zum Beispiel Avanti) dazu?

### Sind wir enttäuscht, beglückt oder stehen wir drüber?

#### a) Wir sind enttäuscht!



Die letzten Jahre hatten wir's uns in unserer Schmollecke gemütlich eingerichtet. Wir wussten: Die Linke, das waren (unter anderem) doch wir! Die letzten Guten. Die Antiglobalisierungsbewegung, die Nach- Autonomem und Rest- Autonomem, die AntirassistInnen und revolutionären Antifas und viele, viele mehr, die wir zwar sporadisch mediale Aufmerksamkeit erregen können (wenn's brennt)., im Großen und Ganzen jedoch mit ihren Forderungen nicht wahrnehmbar sind.

Uns hängt ein Ruch von Naivität und Romantik an, gepaart mit Verbohrtheit und Unbelehrbarkeit. Unsere Forderungen: zu radikal, zu abgehoben, unzeitgemäß und nicht realitätstauglich.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurden viele Linke von einer großen Depression erfasst. Der positive Bezug auf die UdSSR war schon lange abhanden gekommen, nun schlug sich die Abwesenheit eines realen (ideologisch-moralischen) Gegengewichts gegen den Kapitalismus aber doch weit negativer auf die Kampfbedingungen in den kapitalistischen Zentren nieder als befürchtet. Das globale agierende Kapital nutzt (mit der

Drohung der Verlagerung von Arbeitsplätzen) die Schwächung der ArbeiterInnenklasse, um die Lohnkosten massiv zu senken.

### Linke Nabelshow

Hierauf wird schon länger und von vielen Teilen der Linken eine Antwort gesucht. Wir befinden uns in einer Lernphase. Das Modell der revolutionären Avantgardepartei hat ausgedient, die Suche nach dem "revolutionären Subjekt" musste enttäuscht und ergebnislos eingestellt werden. Um jedoch auch nicht in den vereinzelt und beziehungslosen politischen Autismus der autonomen Mobilisierungen der 80er zurückzufallen, bedarf es neuer Formen und neuer Bearbeitungsmodelle.

Hierin kommt der Antiglobalisierungsbewegung ein Modellcharakter zu. Was sich auf Sozialforen und bei internationalen Gipfeln reibt, ist mehr als nur ein Haufen dreadblockter Hobbyrevoluzzer. Zögerlich aber deutlich werden hier neue Formen ausgetüftelt. Der Hauptlernprozess besteht in der Nutzung der Vielfalt. Wir brauchen nicht einzelne bessere Politiker, sondern ein neues Politikverständnis.

Klingt schwülstig, ist aber ein Riesenschritt, wenn wir überlegen aus welcher Asche wir stammen: Die Linke muss eine Jahrhunderte alte Kultur des peinlichen Sektierens und missionarischen Funktionalisierens überwinden. Sie löst sich derzeit, und das ist das tatsächlich Revolutionäre, von der autonom- strukturfelndlichen Effekthascherei und gleichzeitig von bornierten Partei- und Stellvertreter- Strukturen der traditionellen Linken.

Die "neue Linke" führt wieder Strategiedebatten, sie unternimmt wieder organisatorische Gehversuche, lotet Spielräume für gesellschaftliche Intervention aus, ohne in erster Linie auf Parlamente und Parteien zu schießen; sie begibt sich mit ihrer Praxis zögerlich auf die Suche nach einem besseren Leben. Ein neuer Internationalismus ersetzt - noch in Kinderschuhen aber praktisch- die wohlmeinenden aber metropolenchauvinistischen Gesten der solibewegten Gutmenschen.

### Die Linke stellt sich neu auf. Der Sozialismus ist tot, es lebe der Sozialismus.

Wir sind enttäuscht, dass uns nun die Begriffshoheit abhanden kommt. Links ist plötzlich die Sozialdemokratie. In dem Moment, wo ein ganzer Block von enttäuschten SPD-WählerInnen am System verzweifelt, betritt eine neue Altmänner-Sozialdemokratie die Bühne und schafft es, die Unzufriedenen wieder in das Possenspiel von Regierung, Opposition und Sachzwang einzubinden. Der Bruch wird gekittet, bevor er



Wirkungsmacht entfaltet.

### b) Wir sind beglückt!

Die Linke.PDS wird sich nur als linke Protestpartei verorten können. Dadurch, dass eine Partei den öffentlichen Raum nutzt, deren personelle Wurzeln mindestens zum Teil in den sozialen Bewegungen liegen, kann die radikale Linke ihren Spielraum erweitern. Keine Sorge: Wir wissen, dass wir der Linkspartei nicht "unseren Stempel aufdrücken" können werden.

Aber wir werden ihnen - zäh wie wir sind - so manches unterbeleuchtete Thema auf ihre Agenda zwingen. Mit einem offenen Brief haben wir bereits gute Erfahrungen gemacht (s.u.). Nur zur Beruhigung: diese Beeinflussungsversuche sind nicht das Hauptanliegen sondern ein Abfallprodukt unserer Arbeit. Wir werden darüber hinaus parasitär ihre Infrastruktur und ihren legalen Status zu nutzen wissen.

Dass es nicht egal ist, welche Partei im Parlament sitzt, zeigen nicht nur unzählige internationale Beispiele, sondern letztlich auch die Politik der "Regenbogen-Liste" in Hamburg: So manche Schweinerei haben sie mit lästigen parlamentarischen Anfragen outen und im Schulterchluss mit den Betroffenen/ der Bewegung skandalisieren können.

### c) Wir stehen drüber- Voll cool.

Wir wollen Sozialismus. Die derzeitige bestehende Ordnung steht diesem Ziel entgegen. Auf parlamentarischem Wege wird sich keine Revolution herbeiwählen lassen. Das heißt natürlich nicht, dass sich im Windschatten legal gewählter linker Parteien nicht wunderbar soziale Bewegungen entfalten könnten (z. B. Venezuela). Dennoch ist unser Verhältnis

zu jeder bestehenden deutschen Partei taktischer Natur. Kann sie bestehende Räume für die Linke erweitern? Wenn ja, nutzen wir dieses, wenn nein: abgehakt. Wenn man davon absieht, dass die Linke.PDS keine "linke", sondern eigentlich eine klassisch sozialdemokratische ist, sollten wir uns also über die Entwicklung freuen:

Interessant ist nicht die Partei, sondern der gesellschaftliche Bruch, den sie mit ihrem Auftauchen markiert. Dass mit der alten SPD der erste politische Gegner dran glauben muss, ist ein gutes Zeichen.

Da wir, die richtige, wahre und mittlerweile wieder dezent siegesgewisse Linke unsere Konsolidierung noch nicht abgeschlossen haben, würde von der politischen Repräsentationskrise derzeit noch vor allem die politische Rechte profitieren.

### Unsere Aufgabe: Der Aufbau einer interventionsfähigen linken Linken.

### Nutzen wir die Öffentlichkeit, nutzen wir die Räume! Das ist links!

# Geil Geil Geil: Extrem-Hängemattig

## Existenzgeld statt Armut

**Mehr Leistungsbereitschaft, weniger Hängematte. Wieso eigentlich? Ist doch paradox: Angeblich arbeiten wir zu kurz ("aufgrund des demographischen Faktors gibt es zu wenig Arbeitende auf zu viele Rentner, deshalb müssen alle länger arbeiten, damit sie länger einzahlen können blablubb...") andererseits ist die Arbeit ohnehin schon so ungerecht verteilt, dass einige immer länger arbeiten müssen, während immer mehr Menschen ohne Job sind. Es beißt keine Maus den Faden ab: Um den Wohlstand herzustellen, bedarf es immer weniger Arbeitseinsatz.**

Ist doch schön! Wir haben es geschafft: Der technologische Fortschritt hat eine die Entfaltung einer wahnsinnigen Produktivität im Schlepptau. Warum also über zu wenig (vor allem: solch hohle) Arbeit jammern? Aus der Not sollte eine Tugend gemacht werden, indem die Arbeitslosigkeit gerechter verteilt wird. Was heißt das? Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzungen, Euro-Jobs weg und so weiter.

Vor allem : Schutz vor Arbeitszwang! Ein schönes Leben jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft ist möglich! Wir fordern Existenzgeld für alle, unabhängig vom Einkommen! Und wer bezahlt das? Oskar Lafontaine etwa? Lesen Sie weiter!

### Geld für nix!

Die Forderung nach einem unbedingten Grundeinkommen ist mittlerweile schon etwas älter. Die Idee ist so banal wie frech. Alle kriegen das gleiche Grundeinkommen. Bedingungslos. Diese schier unglaubliche Forderung nach Entkopplung von dem "Recht auf materielle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben" von der "Lohnarbeit" ist bereits in den siebziger Jahren als Antwort auf die strategische Defensive der Linken entstanden. Sie sollte aufbrechen, aufräumen mit der fast religiösen Arbeitsgläubigkeit auch und besonders der traditionellen Linken.

So provokant sie auch klingt, sie wurde angesichts der Realität dauerhafter Unterbeschäftigung unter dem Etikett "Bürgergeld" bereits bis weit in die FDP hinein diskutiert.

Dennoch gibt es in der konkreten Forderung und der strategischen Stoßrichtung teilweise enorme Unterschiede: Was die einen sich als bessere Sozialhilfe von einem gnädig gestimmten Sozialstaat vorstellen, ist für

uns höchstens ein Etappenziel auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft.

"Sozialversicherungen sind in erster Linie eine Versicherung der Bourgeoisie gegen die Revolution!"

Die alte Sozialhilfe an sich ist kein positiver Bezugsrahmen. Sie dient einer sozialbürokratischen Kontrolle der Unterschichten und bewegt sich somit im Rahmen nationalstaatlich organisierter Armenpolitik.

Wir richten uns mit der Forderung daher nicht in erster Linie an den Staat, sie ist vielmehr eine Parole in den öffentlichen Raum. Kaum eine Überzeugung erweist sich als so sattelfest wie die Ansicht, dass nur individueller Fleiß zu Wohlstand führen sollte. Müßiggang gilt als Schmarotzertum, Disziplin und Leistungsbereitschaft als die Primärtugenden schlechthin. Das Anliegen der Existenzgeldforderung ist es, diese Kopplung zu knacken.

Wir kritisieren die bestehenden Eigentumsverhältnisse und das bestehende Arbeitsregime radikal, indem wir auf eine Alternative hinweisen. Denn eigentlich kommt an der Debatte um eine neue Verteilungsgerechtigkeit sowieso niemand herum. Im Moment, und das ist das störende daran, dominieren diese Debatte jedoch die konservativen und neoliberalen Töne. Der Sichtweise, dass der Druck auf die Arbeitslosen erhöht

werden müsse, setzen wir die Sichtweise entgegen, dass der Druck auf die Unternehmerprofite erhöht werden muss. Nicht nur die letzten Festangestellten und Kapitalbesitzer dürfen die Früchte beanspruchen, sondern die Gesellschaft als ganzes. Damit ist übrigens auch die Frage nach der Finanzierbarkeit beantwortet.

Es geht darum, die Richtung der Umverteilungsdiskussion zu ändern. Was finanzierbar ist und was nicht, ist ohnehin keine Frage des Bundeshaushalts sondern des politischen Willens. In diesem Zusammenhang kann die Forderung auch als revolutionär erkannt werden,



sie verweist auf eine gesellschaftliche Perspektive, die den Boden kapitalistischer Akkumulation und Regulation verlässt, sie stellt ein Etappenziel auf dem Weg zu einer anderen Welt dar:

"...Der Anspruch auf ein allgemeines, bedingungsloses und ausreichendes Grundeinkommen ist Teil einer Perspektive einer radikalen Neuverteilung von Arbeit, Freizeit und Wohlstand. Es ist zwar nicht sofort realisierbar, muss aber von nun an gedacht und in die Wege geleitet werden. (..) Die Abschaffung der Lohnarbeit und die Ersetzung durch sinnvolle kollektive Tätigkeit müssen von nun an politischer Wille sein und durch heute schon zu verwirklichende Veränderungen greifbar

gemacht werden."(André Gorz; "Arbeit: Misere und Utopie", S.132)

Dass sie nicht nackt dastehen darf ist wohl klar: Sie muss natürlich in eine allgemeine Debatte um Arbeitszeitverkürzung und Abschaffung der Lohnarbeit eingebettet werden.

Was will nun die Linkspartei? In einigen Zeitschriften rühmen sie sich, diese Existenzgeld- Forderung von Jobber- Inis und Postautonomen übernommen zu haben. Dass sie sich in diese Richtung darstellen, kann bereits als Erfolg gewertet werden, eröffnet es doch einen neuen Raum, in den sich die radikale Linke jetzt verstärkt artikulieren kann (s.o.). Es gibt Hinweise, die eine solche Einschätzung stützen: so hat die Parteibasis gegen den Willen des Vorstandes die Forderung eines Mindestlohnes von 1400 Euro durchgedrückt.

Die Linkspartei stellt die Forderung nach Existenzgeld zwar nicht deutlich auf (sie sprechen von einem bedarfsdeckenden Grundeinkommen), tut in der linken Öffentlichkeit aber so, als wäre sie dazu bereit.

Das ist aber mehr, als das alte Spiel "Links blinken- rechts überholen", es zeugt von der Heterogenität der Aktiven: Es klaffen einfach Unterschiede zwischen Basis (viele stammen aus den sozialen Bewegungen und befürworten die Existenzgeldforderung) und dem Vorstand; diese Brüche wahrzunehmen ist unser Job.

In Bezug auf diese konkrete Forderung könnte eine Zusammenarbeit fruchtbar sein. Wenn wir als Linke uns einem Revival der Existenzgelddebatte jetzt widmen, ist die Linke.PDS als Türöffner und Verstärker ein nützlicher Ansprechpartner.

Unabhängig vom Ausgang der Wahl, sollte die Forderung aber auch im außerparlamentarischen Rahmen wieder aufgegriffen werden, um den Kämpfen gegen Prekarisierung, ein Oi!- Jobs u.ä. einen neuen drive zu geben.

Hierfür gibt es -ob mit oder ohne Neosozis- genügend Anlass und Interesse.

Geld her- für alle- weltweit- sonst Aua!

**"Das Unmögliche zu wollen ist Voraussetzung dafür, das Mögliche zu schaffen"**  
**(K. Liebknecht)**

## Für eine Handvoll Prozente... Linke Partei und rechte Parolen?

"Fremdarbeiter" - kaum ein anderer Ausdruck wie dieser von Oskar Lafontaine auf einer Wahlkampfkundgebung in Ostdeutschland hat im Wahlkampf die Gemüter derart erhitzt. Die scheinheilige Empörung zahlreicher etablierter Politiker, die Abschiebungen, Residenzpflicht und rassistische Sondergesetze befürworten, ist jedoch eine Farce. Lafontaine ist einer von ihnen, er spielt ebenso gewissenlos auf der Klaviatur der rassistischen Vorurteile, wenn sein populistischer Instinkt ihm dies gebietet. Jedoch auch die außerparlamentarische Linke hat dies zum Anlass genommen, die neugegründete Linkspartei aufzufordern, sich von solchen Aussagen zu distanzieren.

In einem offenen Brief an die Linkspartei haben die Berliner Gruppen Für eine linke Strömung (FeLS) und die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) diese dazu aufgefordert, dass die "Thematisierung der sozialen Frage ... auf keinen Fall auf dem Rücken anderer

ausgetragen werden (darf). Rassistische, diskriminierende und nationalistische Untertöne haben in linken Parteien keinen Platz." Avanti-Projekt undogmatische Linke hat diesen Brief wie 431 weitere Gruppen und Einzelpersonen unterstützt. Weiter werden (siehe Kasten) Forderungen an die neue Linkspartei formuliert.

In der Partei gab es danach einige

Distanzierungen zu den Aussagen von Lafontaine. Auch das Echo auf den Brief fiel unterschiedlich aus. Von linksradikaler Seite wurde vermeintlicher Politikberatungsstil und Reformismus kritisiert, in der Linkspartei gab es durchaus positive Kommentare.

Der Hamburger Spitzenkandidat Norman Paech eröffnete zum Beispiel seinen Wahlkampf mit der expliziten Unterstützung und Begründung der Forderungen aus dem Brief. Ein großer Teil derer AktivistInnen der Linkspartei vertritt konsequent antirassistische Positionen, dies darf jedoch

nicht darüber hinwegtäuschen, dass hinter dem Ziel des Einzugs in das Parlament rassistische und antihumanistische Parolen und Personen in der Linkspartei toleriert werden. Der Spitzenkandidat Lafontaine hatte die Debatte um die Legalisierung der Folter in den USA als "Rückfall in die Barbarei" bezeichnet, die Kritik an der Folterdrohung der Frankfurter Polizei jedoch als "Prinzipienreiterei" zurückgewiesen.



### Forderungen aus dem offenen Brief an die Linkspartei:

**Die Ablehnung der aktuellen Ausbürgerungen von über hunderttausend Menschen, die einen Doppelpass besitzen. Die Ablehnung und Abschaffung von Residenzpflicht Die Auflösung aller Abschiebelager Die Ablehnung von Abschiebungen Die Forderung nach einer freien Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen, also auch für Illegalisierte Das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts für alle illegal hier lebenden Menschen**

[www.offener-brief-an-linkspartei.de](http://www.offener-brief-an-linkspartei.de)

Dieser heuchlerische und nationalistische Populismus muss entschieden zurückgewiesen werden. In dem Wahlprogramm der WASG fanden sich nur sechs kleine Zeilen zu den Themen Rassismus und Migration, die stiefmütterliche Behandlung dieser Bereiche ist offen zu kritisieren. Durch den öffentlichen Druck befördert, hat der WASG-Vorstand jetzt eine verbesserte, wenn auch unzureichende Positionsbestimmung veröffentlicht.

Das Erscheinen der Linkspartei hat den Fokus der gesellschaftlichen Debatte erfreulicherweise auf die soziale Frage gelenkt. Die NPD/DVU-Wahlallianz hat es nicht geschafft, rassistische und nationalistische Themen auf die Wahlkampfagenda ganz nach oben zu setzen. Dies war nach den Wahlerfolgen von DVU und NPD in Brandenburg und Sachsen zu befürchten gewesen.

Eine weitere Verschärfung des rassistischen Diskurses, auch durch die großen Parteien, und eine Bündelung und Radikalisierung der Extremen Rechten wären die fatale Folge gewesen.

Um so bedeutsamer ist jetzt die Antwort auf die Frage, was ist sozial? geben zu können.

Die Hegemonie über Begriffe ist immer Ausdruck über ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis.

**Die Linke muss jetzt die Untrennbarkeit des Sozialen von seinem antirassistischen und humanistischen Kern verteidigen.**

Die Extreme Rechte, aber auch Populisten aller Couleur, versuchen eine nationalistische Aufladung dieses Begriffes festzuschreiben. Dazu zählt die "Fremdarbeiter" Äußerung ebenso wie die CDU-Parole "Arbeit, Familie, Vaterland".

Die Trennlinie zwischen der Linken und bürgerlichen Parteien wie auch der Extremen Rechten muss immer scharf und schroff sein. Die Linkspartei ist Ausdruck einer Unzufriedenheit vieler Menschen mit dem neoliberalen Kurs in allen Parteien. Daher ist eine Neuformierung ein spannender Prozess, auch für eine außerparlamentarische Linke wie uns. Der politische Code dieser neuen Partei muss jedoch in konsequent antifaschistisch und antirassistisch sein, um eine Anpassung an den nationalistischen Mainstream oder Querfrontprojekte mit der Rechten zu verhindern.

**Keinen Fingerbreit dem Rassismus. Kein sell-out linker Prinzipien für eine handvoll Prozente ...**

# Kreuz oder Kalaschnikow?

**In den letzten Jahren haben wir uns daran gewöhnt, mit Würgen oder Desinteresse zur Wahlkabine zu gehen. Oder wir ham's gleich gelassen, weil die ja eh alle die gleiche Scheiße erzählen. In diesem Wahlkampf gibt es neue Gesichter und neue Versprechen, was davon bleibt, mal sehen. Also haben wir etwas Zeit für die Frage, ob so ein Kreuzchen eigentlich auch schon alles gewesen sein muss.**

Schauen wir ein wenig zurück. Gerhard Schröder und seine SPD wurden 1998 mit dem Versprechen von sozialer Gerechtigkeit in die Regierung gewählt. Viele hatten nach 16 bleiern Jahren Kohl-Regierung ihre Hoffnungen in sie gesetzt und wurden enttäuscht. Weder die anfängliche Wirtschaftspolitik von Oskar Lafontaine, noch was nach seinem Abgang folgte, hatte etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Schröder selbst sprach damals aus, was sich durch die Parlamente der Bundesrepublik seit Jahrzehnten wie ein roter Faden zieht:

"Ich kann und ich werde nicht gegen die Wirtschaft regieren."

Hängt dieses Unvermögen nun mit dem Unwillen von Schröder und den oberen der SPD zusammen? Sicher, schließlich waren und sind die "Genossen der Bosse" längst Teil von denen da oben geworden. Wer jedoch den Verrat von Rot und Grün an ihren historischen Werten, wie soziale Gerechtigkeit, dadurch allein erklären will, wird scheitern.

**"Ich kann und ich werde nicht gegen die Wirtschaft regieren" (Gerhard Schröder)**

Politik wird - ganz nach Schröders Worten - nicht nur in den Sitzungssälen und Parlamentsgebäuden gemacht. Neben dem neoliberalen Irrglauben an den "freien Markt", dem sich alles unterzuordnen hat, der auch bei vielen ganz gewöhnlichen Menschen Fuß gefasst hat, scheint es Mechanismen zu geben, die Politiker dazu treiben, Entscheidungen gegen den erklärten Willen der demokratischen Mehrheit durchzusetzen. Die Wirtschaft, oder mit

anderen Worten: das Kapital sitzt mit am Tisch der Entscheidungen, droht mit Arbeitsplatzabbau und setzt seine ökonomische Macht in politische um. Aber der Konsense der Standortlogik führt auch zu vorauseilendem Gehorsam scheinbar kritischer PolitikerInnen. Wie bei der PDS Regierungsbeteiligung in Berlin und anderswo zu sehen, trägt auch eine "sozialistische" Partei die neoliberalen Grausamkeiten mit. Es erscheint den wohlmeinenden unter den PolitikerInnen als "das kleiner Übel". Wo der Sachzwang regiert werden die Parteien unidentifizierbar. Es ist eine fatale Fehleinschätzung zu glauben, es brauchte nur einige standhafte Linke in Regierungsverantwortung und alles wäre gut. Es geht um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse.

## Die Macht der Machtlosen

Nun können wir, die wir nicht über eine große Firma verfügen, nicht mit unserem Besitz an Produktionsmitteln wedeln, aber wir sind nicht machtlos. Wenn sich viele Menschen nicht darauf beschränken, alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen, sondern ihren Forderungen in Form von Protest und Widerstand Geltung verleihen, schien eine Erschütterung durch die Republik zu gehen, die auch vor denen da oben nicht Halt macht. Exemplarisch ließe sich dies an den Montagsdemonstrationen beobachten. Aber besonders Bewegungen, die über bloßen Protest hinausgehen, die mit Blockaden Atommülltransporte zum Stehen, Globalisierungsgipfel zum Scheitern bringen oder die mit Streiks die Produktion lahm legen, zeigen, dass die Macht der Masse letztlich der Macht der Produktionsmittel infrage stellen kann. Wirkliche Veränderungen dürfen wir nicht in die Hände irgendwelcher Abgeordneten legen, wir müssen sie selber durchsetzen.

## Sozialstaat oder Revolution

Aber was wollen wir nun eigentlich erreichen? Was ist eigentlich das zugrundeliegende Problem, auf das wir uns mit unseren Forderungen beziehen?

Betrachten wir lediglich Menschen wie den Deutsche Bank-Vorstandschef Josef Ackermann, so könnten wir leicht zu einem Schluss kommen: Die da oben streichen, von der Gier nach Profit getrieben,

Arbeitsplätze und Löhne zusammen und graben damit ihr eigenes Grab, indem sie die Kaufkraft schwächen. Folglich brauchten wir die regulierende Kraft eines Sozialstaates, der denen mal ein wenig auf die Finger klopft und dann wird alles gut. Ist das so?

Es ist das gleiche Bild, das auch Müntefering beschwor, als er den Raubtierkapitalismus geißelnd die "Heuschrecken des HedgeFonds", die über die guten deutschen Unternehmen herfallen, aufgriff. Kapitalismuskritik wurde das damals in den Zeitungen genannt. Aber halt SPD und Kapitalismuskritik - das geht ja irgendwie nicht mehr zusammen - und was hat das ganze jetzt mit dem Kapitalismus zu tun?

### Das System

Eben das ist es, was Münte nicht erklärt und Lafontaine auch nicht.

erkämpfen, so wie die meisten demokratischen und sozialen Rechte Ergebnis von Kämpfen sind. Das ändert freilich aber wenig an der Unfähigkeit des Kapitalismus, die Bedürfnisse aller auf der ganzen Welt zu befriedigen.

### Only solution: revolution

Spätestens seit dem Erstarken der Antiglobalisierungsbewegung ist die Mär, der Kapitalismus sei das einzig mögliche oder das beste Gesellschaftssystem, angekratzt. Nach Zahlen des regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsberichtes könnte in Deutschland jeder Haushalt ein Nettovermögen von 133.000 Euro besitzen, wenn das Geld gleich verteilt wären. Bei der derzeitigen Produktivität wäre es ohne weiteres möglich, jedem Menschen auf der ganzen Welt ein gutes Leben zu ermöglichen! Der Slogan "Eine andere Welt ist möglich!" scheint in den anti-neoliberalen



Kapitalismus ist eine Bezeichnung für ein Herrschaftssystem und - wie der Name schon verrät - hat die Ausbeutung durch das Kapital System, nicht Ergebnis individuellen Missverhaltens, sondern einer Gesellschaftsordnung, die auf Konkurrenz aufbaut. Der Kapitalist ist gezwungen seine ArbeiterInnen auszubeuten, um sich am Markt zu behaupten und die ArbeiterInnen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Auch wenn dies nur eine verkürzte Darstellung bleibt, hat sie doch Aussagekraft. Viele Menschen mögen sich heute nicht mehr einer Klasse zugehörig fühlen, das Ungleichgewicht in der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums nimmt aber zu und nicht ab.

Klar gibt es die Möglichkeiten, Sozialreformen innerhalb dieses Systems zu

len Bewegungen von Deutschland bis Lateinamerika, in den Protesten von Indonesien bis Afrika auf. Eine revolutionäre Umwerfung der Verhältnisse ist nötig und sollte das verbindende Ziel aller sein, die für konkrete Verbesserungen kämpfen. Anders ausgedrückt mit Rosa Luxemburg:

**"Die proletarische Realpolitik ist aber auch revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in die sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewußt nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats machen wird."**

# Warm up! No#G8# 2007 Heiligen- damm

Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: Diskutieren, Protestieren, Umzingeln, Blockieren...!

**In diesem Jahr war es ein mondanés Schloss im schottischen Gleneagles, 2006 wird es die ehemalige russische Zarenresidenz St. Petersburg sein und im Frühsommer 2007 treffen sich die "Führer der Welt" im Kempinski-Grandhotel in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste. Im Bild der Regierungschefs der acht stärksten Wirtschaftsnationen symbolisiert sich wie kaum sonst die Macht des globalisierten Kapitalismus und seine politische und militärische Gewalt. Nur diese Machtfülle legitimiert den G-8.**

Die G-8-Gipfel sind daher immer wieder zu Kristallisationspunkten für Protest und Widerstand geworden. Und sie sind Anlass für grundlegende Fragen: Wie sieht die Welt aus, die der globalisierte Kapitalismus und seine Gallionsfiguren geschaffen haben? Sind nicht Kriege, Armut und Umweltzerstörung die Folge der Herrschaft der wirtschaftlich Mächtigen über die Vielzahl der Ohnmächtigen? Sind nicht eine andere Welt und eine andere Globalisierung möglich und längst überfällig, die aufbauen auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation?

Hunderttausende AktivistInnen haben auf Demonstrationen, in Diskussionen in den Camps und auf den zahlreichen

Gegen Gipfel-Veranstaltungen immer wieder versucht Antworten auf diese Fragen zu formulieren. Und in der Menge, Vielfalt, Internationalität und Radikalität der TeilnehmerInnen drückte sich dabei immer wieder auch der Ansatz einer solidarischen Globalisierung von unten aus. Durch Straßenproteste, Blockaden oder direkten Aktionen wurden in der Vergangenheit die "Roten Zonen" der Macht attackiert und die G-8-Treffen wurden aus den Großstädten an die Peripherie gedrängt. Die Bilder wandelten sich: Schon längst huldigt keine dankbare Bevölkerung mehr den Mächtigen und das populistische Bad in der Menge gehört dem letzten Jahrtausend an. Seit den Ereignissen von Genua treffen sich die G-8 in nichtöffentlichen Luxusdomizilen fernab der Zentren, hinter Stacheldraht, geschützt durch Flugabwehrraketen und massive Polizeitruppen.



Dieses Szenario erwartet uns im Sommer 2007 in Heiligendamm.

**Es geht daher darum schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, dass in zwei Jahren gemeinsam kraftvolle Tage des Widerstands organisiert werden. Demonstrationen, Veranstaltungen, Blockaden, Aktionen, Diskussionen, Kultur- und Musikfestivals sollen deutlich machen, dass wir uns mit den globalen und lokalen Auswirkungen des kapitalistischen Weltsystems nicht abfinden werden.**

Dabei lehnen wir jede Form von chauvinistischer Standortlogik ab und sollten als soziale Bewegung die expansive deutsch-europäische-Militärpolitik und das neoliberale Kontrollregime im Innern zurückweisen.

Niemand von uns geht davon aus, dass wir im Frühsommer 2007 an der mecklenburgischen Ostseeküste die Welt entscheidend verändern werden, aber wir

wissen, was Tage der Bewegung leisten können. Nicht wenige von uns waren in der Vergangenheit TeilnehmerInnen oder MitinitiatorInnen von Großmobilisierungen; ob zum damaligen G-7 in Bonn 1985, dem IWF-Treffen in Westberlin 1988, oder gegen die Gipfeltreffen von München 1992, Köln 1999, Genua 2001, Evian 2003 oder dieses Jahr in Gleneagles. Die kommenden zwei Jahre sind für die inhaltliche wie organisatorische Vorbereitung entscheidend. Auf dem Weg nach Heiligendamm 2007 besteht für unsere Bewegung die Möglichkeit der Politisierung und Ermutigung zum Widerstand für viele. Die Vernetzung der Organisationen, Gruppen und Strömungen, die an der Mobilisierung teilnehmen, können über die Tage in Heiligendamm hinausweisen.

Die G-8-Mobilisierung ist offen für vielfältige Debatten und Bewegungen. Dieses Potenzial kann dann freigesetzt werden, wenn die Kampagne nicht getrennt von den sozialen Kämpfen und Widerstandspraxen geführt, sondern als gemeinsame Handlungschance in die bestehenden Felder der Auseinandersetzung hineingetragen wird: in die Studierendenproteste, in die Hartz IV/Erwerbslosen-Initiativen, in die Umweltbewegung, in die Antikriegsbewegung, in antipatriarchale und feministische Gruppen Gruppen, in

die antifaschistische Bewegung, in die migrantische Selbstorganisation und die No-Border-Netzwerke usw.

Im Zusammenwirken Aller liegt allein die Möglichkeit, dass mehr als ein einmaliges Ereignis entsteht, nämlich ein Aufbruchssignal für eine sich neu formierende Bewegung, die wieder Kraft und Selbstvertrauen besitzt.

Das Gesamtprojekt G-8-Mobilisierung 2007 ist so groß und ambitioniert, dass eine Strömung oder Organisation damit überfordert wäre. Jeder Versuch eines Alleingangs oder die Dominanz einer Richtung würde die Handlungsmöglichkeiten und die politische Ausstrahlungskraft der Aktionen insgesamt merklich einschränken. Im Interesse der Gesamt-Bewegung wollen wir das Prinzip der Einheit in der Vielfalt tatsächlich zur Geltung bringen.

Wir rufen daher zur Bildung eines breit angelegten Gesamtbündnisses auf, das die Organisation und Koordination der gemeinsamen Aufgaben übernimmt, die nicht von einzelnen Strömungen allein geleistet werden können. Hier sollten Initiativen aus allen Spektren der Linken zusammen kommen: Die lokalen Sozialforen, Erwerbslosen- und Sozialinitiativen, Antifagruppen, Flüchtlings-Initiativen, Autonome Gruppen und andere bewegungsorientierte Linksradike, 3.Welt- und Kirchengruppen, attac und die no-global-Netzwerke, traditionskommunistische und trotzkistische Organisationen, Gewerkschaftsgliederungen und -jugendverbände, Linkspartei/PDS usw.

Damit alle relevanten Gruppierungen an den Vorbereitungen gleichberechtigt teilnehmen können, brauchen wir einen Grundkonsens, der um die Unterschiede wissend ein offenes Miteinander ermöglicht und nicht zu eng gefasst ist.

**Als gemeinsame Grundlagen schlagen wir vor:**

- \* **Die eindeutige Delegitimierung der G-8;**
- \* **Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen;**
- \* **Ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der ver-**

**bindliche Absprachen erlaubt;  
\* Eine klare und offensive  
Abgrenzung gegenüber rechts-  
populistischen und rechten  
Kräften.**

**Für eine interventionistische  
Linke:**

**Juni 2005**

Wir wollen für den Vorschlag werben, dass unter möglichst großer Beteiligung ein Bündnis gegen den G-8-in-Heiligendamm gebildet wird.

Wir werden uns darum bemühen, dass es schon Anfang 2006 eine breit getragene Einladung dazu gibt und hoffen auf ein bewegungsorientiertes, basisdemokratisches Bündnis, das auch den politischen Raum schafft, die unterschiedliche Praxis aller Beteiligten in der Einheit der Kritik wirkungsvoll zu entfalten.

Dieser Vorschlag eines großen Bündnisses schließt andere bereits bestehende Initiativen zur Gegenmobilisierung ein. Jeder Mobilisierungsansatz ist zu begrüßen. Wir denken aber, dass es zusätzlich notwendig und sinnvoll ist, tatsächlich alle Gruppen, Organisationen und Strömungen zusammenzubringen und das Experiment einer offenen und konstruktiven Zusammenarbeit zu wagen.

Denn die bevorstehenden Aufgaben wie z.B. gemeinsamer Camp-Koordination, verlässliche Praxisabsprachen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, internationaler Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung werden nur gemeinsam lösbar sein.

**Die vor uns liegenden zwei Jahre bis zum Gipfel werden wir für die Vorbereitung und Mobilisierung dringend brauchen. Es ist jetzt an der Zeit damit anzufangen.**

Antifaschistische Linke Berlin (ALB); AVANTI - Projekt undogmatische Linke; Redaktionen analyse kritik/fantômas; Dr. Sabah Alnasseri (Universität Frankfurt und Kassel); Erika Feyerabend; fortsetzung folgt! (München); Bundesweite Kampagne Libertad!; Dagmar Paternoga, Bonn; Radikale Linke Köln; radikale linke (rl) Nürnberg - Projekt für revolutionäre Organisation; Michael Ramminger (ITP, Münster); Werner Rätz (Informationsstelle Lateinamerika, attac-D Ko-Kreis); Thomas Seibert (attac-Rat); Redaktion der Zeitung So oder So; Pedram Shahyar (attac Ko-Kreis); rosa antifa wien; Stiftung Unruhe Köln; Katja Strobel (Institut für Theologie und Politik, Münster); Georg Wißmeier, Hamburg



**Wir freuen uns über Kritik, Anmerkungen oder Anregungen!  
hamburg@avanti-projekt.de, www.avanti-projekt.de  
Avanti c/o Schwarzmarkt Kleiner Schäferkamp 46 20357 Hamburg**



**www.avanti-projekt.de  
info@avanti-projekt.de**

**“Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht...”**

**(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, II.12.1999)**

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de

HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de

NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de

LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de

FLENSBURG: Angelburger Str. 51, 24937 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de